

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2022

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament: Abgeordnete fordern höhere Spielzeugsicherheit .....	1
EU-Kommission: Umfrage zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen .....	1
EU-Kommission: Erstes Arbeitsprogramm für HERA .....	1
EU-Parlament: Entschließung zur Beschäftigung und psychischen Gesundheit junger Menschen .....	1
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>2</b>
Frankreich: Frist für legale Abtreibungen verlängert .....	2
Großbritannien: Reformen in der Pflege .....	2
OECD: Bericht zu Familien und Familienpolitik in Spanien .....	2
Niederlande: Bericht zur Verschärfung der Wohnraumkrise .....	3
Schweiz: Aktuelle Bilanz über Finanzhilfen für Betreuungsplätze .....	3
Schweiz: Statistik über außerfamiliäre Unterbringung von Kindern geplant .....	3
Belgien: ECSR stellt Verstoß gegen EU-Sozialcharta im Bereich unbezahlter Praktika fest .....	4
Baltische Staaten: Gemeinsame Familienkarte .....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
Eurochild: Daten über Kinder in Pflegeunterbringung .....	4
Eurochild: Europäischer Mechanismus gegen Anti-Kinderrechtsbewegung benötigt .....	5
Eurochild: Positionspapier zur geplanten EU-Strategie für Pflege und Betreuung .....	5
Gemeinsame Stellungnahme zur Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der EU .....	5
Safer Internet Day .....	6
Zivilgesellschaftliche Aktionswoche gegen Energiearmut .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
The 25 Percent Project: Bericht zur Jugendumfrage .....	6
Population Europe: Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel .....	7
Ergebnisse der Konsultation junger Menschen zur Zukunft Europas erschienen .....	7
UN-Bericht zu Menschenrechten älterer Frauen auf Deutsch verfügbar .....	8
EU-Kommission: Bericht zu den Auswirkungen von Armut auf Zukunftserwartungen .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>



## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Abgeordnete fordern höhere Spielzeugsicherheit

Das EU-Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Spielzeuge nur dann zum Verkauf in der EU zuzulassen, wenn sie der EU-Spielzeugrichtlinie entsprechen. Die Richtlinie setze hohe Sicherheitsstandards, die jedoch nur bei der Produktion von Spielzeug innerhalb der EU angewandt würden. Hersteller, die außerhalb der EU produzieren, hielten diese Vorschriften nicht immer ein. Insbesondere über den Online-Handel gelangten gesundheitsgefährdende Spielzeuge in die EU. Daher solle die Überwachung des Spielzeugmarktes EU-weit besser koordiniert und die Kennzeichnungsmöglichkeiten erweitert werden. Onlineshops sollten in die Pflicht genommen werden, bei den Produkten, die sie anbieten, die Konformität mit der EU-Spielzeugrichtlinie sicherzustellen.

- [Spielzeugsicherheit in der EU](#) 

### EU-Kommission: Umfrage zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die EU-Kommission hat eine Umfrage zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gestartet. Alle interessierten Bürger:innen und Organisationen können darin angeben, welche Inhalte der Strategie ihnen bekannt sind, welche Themen ihnen am wichtigsten sind und welche Vorschläge sie haben, wie die EU das Leben von Menschen mit Behinderungen verbessern und das Umfeld zu ihrer Unterstützung stärken kann. Die Ergebnisse sollen in die Kampagne für die neue Strategie einfließen. Die Umfrage steht in 24 Sprachen und in leichter Sprache auf Englisch zur Verfügung.

- [Survey on the EU Strategy for the Rights of Persons with Disabilities](#) 
- [Die EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) 

### EU-Kommission: Erstes Arbeitsprogramm für HERA

Die EU-Kommissarin für Gesundheit hat das erste Arbeitsprogramm der neu geschaffenen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion (European Health Emergency Response Authority, HERA) bei gesundheitlichen Notlagen vorgelegt. Das Programm ist in die Teilbereiche Prävention und Vorbereitung künftiger grenzüberschreitender Gesundheitskrisen, Erkennen künftiger Gesundheitsgefahren und Reaktion auf Gesundheitsgefahren gegliedert. Die Behörde war im vergangenen Jahr eingerichtet worden, um die EU-weite Koordination der Reaktionen auf die Covid-19 Pandemie zu verstetigen und künftigen Gesundheitsbedrohungen von Beginn an mit einer gemeinsamen europäischen Antwort zu begegnen. Für den aktuellen Finanzierungszeitraum von 2022 bis 2025 ist HERA mit sechs Milliarden Euro ausgestattet.

- [HERA-Arbeitsplan für 2022](#)  

### EU-Parlament: Entschließung zur Beschäftigung und psychischen Gesundheit junger Menschen

Das EU-Parlament hat eine Entschließung für die soziale und wirtschaftliche Erholung junger Menschen von der Pandemie angenommen. Die Gruppe der 15 bis 24-Jährigen sei in den Bereichen Erwerbstätigkeit und soziales Leben am stärksten von der Pandemie betroffen. In der Entschließung wird betont, dass im Jahr 2022 über die Europäische Jugendstrategie hinaus, in den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und in Unterstützungsangebote



bei psychischen Problemen investiert werden müsse. Das Thema psychische Gesundheit sollte ein Teil des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Krise bilden und an Arbeitsstätten und Ausbildungsorten berücksichtigt werden. Als Investition in die digitalen Fähigkeiten der zukünftigen Generation von Arbeitnehmern werden Kommission und Mitgliedstaaten aufgefordert, kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu schaffen. Die Kommission wird aufgerufen, eine Empfehlung zu erarbeiten, die die Anerkennung von Ausbildungs- und Praktikumszeiten beim Zugang zu Sozialleistungen festschreibt. In der Versorgung mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum sollten spezielle Programme für junge Menschen geschaffen werden.

- [Empowering European youth: post-pandemic employment and social recovery](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Frankreich: Frist für legale Abtreibungen verlängert

Die französische Nationalversammlung hat beschlossen, die Frist für legale Abtreibungen von zwölf auf 14 Wochen zu verlängern. Mit dem Gesetz wird auf den Mangel an Ärzt:innen und medizinischen Zentren reagiert, die Abtreibungen durchführen. Die schlechte Versorgungslage habe zu langen Wartezeiten und dem Ausweichen ungewollt Schwangerer ins Ausland geführt. Das Gesetz weitet außerdem die Rechte von Hebammen zur Durchführung von Abtreibungen aus. Sie dürfen seit dem Jahr 2016 medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche durchführen und sind künftig auch befugt, chirurgische Methoden zur Abtreibung anzuwenden. Die bisher notwendige Frist von 48 Stunden zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung und der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs entfällt mit der Änderung. Zum Antritt der französischen EU-Ratspräsidentschaft hatte Präsident Macron gefordert, das Recht auf Abtreibung in der EU-Grundrechtecharta zu verankern.

### Großbritannien: Reformen in der Pflege

Die britische Regierung hat Neuerungen in der Pflege angekündigt. Ab April dieses Jahres sollen die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber um 1,25 Prozent ansteigen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen für die Gesundheitsversorgung und Pflege eingesetzt werden. Ab dem Jahr 2023 sollen die Ansprüche auf Zuschüsse zur Pflege ausgeweitet werden, sodass zum Beispiel niemand im Laufe seines Lebens mehr als 86.000 Pfund (ca. 102.000 Euro) für Pflege ausgeben soll. Ist diese Grenze erreicht, werden die Kosten zur Pflege von staatlichen Institutionen übernommen. Zudem wird die Obergrenze für Ersparnisse von Pflegebedürftigen für Ansprüche auf Unterstützung auf 100.000 Pfund (ca. 119.000 Euro) erhöht. In den letzten 10 Jahren war zuvor das Budget für die staatliche Förderung von häuslicher und stationärer Pflege halbiert worden. In Folge musste der Anspruch auf Zuschüsse zu Ausgaben für Pflege so stark beschränkt werden, dass aktuell geschätzt 1,5 Millionen ältere Menschen in Großbritannien keine ausreichende Pflege erhalten.

- [Großbritannien: Pflegereform angekündigt](#)  

### OECD: Bericht zu Familien und Familienpolitik in Spanien

Der OECD-Bericht beschreibt Veränderungen in der Zusammensetzung von Familien und ihren Lebensformen in Spanien und enthält Vorschläge für eine entsprechend angepasste Familienpolitik. So zählte Spanien noch bis in die 1970er Jahre zu den Ländern mit den höchsten Geburtenraten in Europa, läge aktuell mit 1,3 Kindern pro Frau

jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 1,5. Das durchschnittliche Alter von Müttern bei der Geburt ihres ersten Kindes liege inzwischen bei 30,9 Jahren. Der Bericht sieht die ökonomische Situation als einen der Gründe für diese Entwicklung: Viele junge Menschen lebten bis Ende Zwanzig bei ihren Eltern und können es sich nicht leisten, ausziehen und eine eigene Familie zu gründen. Unter den kinderlosen Frauen im Alter von über 40 Jahren gebe mehr als jede Zweite an, sich Kinder gewünscht zu haben. Die Rate der Kinderarmut liege mit 19,3 Prozent über dem OECD-Durchschnitt von 12,9 Prozent. Betroffen seien auch 15,6 Prozent der Familien, in denen keines der Elternteile arbeitslos ist. Im Bericht wird empfohlen, die Familienpolitik anzupassen. Aktuell würden in Spanien vor allem kinderreiche Familien staatlich unterstützt, deren Zahl jedoch zurückgeht. Die Ansprüche auf Unterstützungsleistungen sollten daher auf ökonomischen Kriterien basieren, die für verschiedene Formen des familiären Zusammenlebens in vergleichbarer Weise erfasst werden können.

- [OECD: Evolving Family Models in Spain](#) 

### Niederlande: Bericht zur Verschärfung der Wohnraumkrise

Ein Kurzbericht verweist auf einen gravierenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Niederlanden. So seien die Kaufpreise für Wohnimmobilien von 2015 bis 2021 um über 75 Prozent angestiegen. Da es sich immer weniger Menschen in den Niederlanden leisten können, eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen, steige die Nachfrage nach Mietwohnungen. Jedoch sei das Wohnen zur Miete in den Niederlanden traditionell nicht verbreitet, sodass nur 14 Prozent der Wohnungen auf dem Markt Mietwohnungen sind. Das Angebot an bezahlbaren Sozialwohnungen sei nicht ausreichend, wobei neben fehlenden Investitionen auch die Fehlbelegung ein Problem sei. Die niederländische Regierung hat angekündigt, der Wohnraumkrise eine erhöhte Priorität einzuräumen. Konkrete Maßnahmen wurden noch nicht angekündigt.

- [Kurzbericht zur Wohnraumkrise in den Niederlanden](#)  

### Schweiz: Aktuelle Bilanz über Finanzhilfen für Betreuungsplätze

Das Bundesamt für Sozialversicherungen der Schweiz hat eine aktuelle Bilanz der Leistungen des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder veröffentlicht. Das Gesetz war ursprünglich auf acht Jahre bis zum Januar 2011 befristet, wurde aufgrund hoher Nachfrage jedoch mehrmals verlängert und gilt aktuell bis Anfang 2023. In seiner bisherigen Laufzeit wurden insgesamt 3.768 Anträge bewilligt, von denen 55 Prozent von Kindertagesstätten und 51 Prozent von Einrichtungen der schulergänzenden Betreuung gestellt worden waren. Drei Prozent der bewilligten Gesuche wurden von Tagesfamilien gestellt. Insgesamt wurden im Rahmen des Gesetzes 68.490 Betreuungsplätze geschaffen, davon 40.185 in Kitas und 28.305 in der schulergänzenden Betreuung. Aktuell wird über eine parlamentarische Initiative beraten, die eine Überführung der befristeten Finanzierungsmöglichkeit in eine stetige Unterstützung plant.

- [Aktuelle Bilanz über das Gesetz zu Finanzhilfen für Betreuungsplätze](#) 

### Schweiz: Statistik über außerfamiliäre Unterbringung von Kindern geplant

Der Bundesrat der Schweiz plant eine Statistik zur außerfamiliären Unterbringung von Kindern. Dazu wird eine Analyse der bisherigen Datenlage auf kantonaler Ebene durchgeführt, die die Grundlage einer bundesweiten Statistik werden soll. Eine Voruntersuchung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und des Eidgenössischen Departements des Inneren im Auftrag des Bundesrates hatte ergeben, dass die bisher von den

Kantone erfassten Daten zu heterogen sind, um unmittelbar in eine gemeinsame Statistik überführt zu werden. Der Ausschuss der Vereinten Nationen über die Rechte der Kinder hatte den Bundesrat beauftragt, die Kenntnisse über Anzahl und Situation außereheleicher Kinder in der Schweiz zu prüfen.

### Belgien: ECSR stellt Verstoß gegen EU-Sozialcharta im Bereich unbezahlter Praktika fest

Laut dem Europäischen Komitee für soziale Rechte (European Committee of Social Rights, ECSR) verstoßen die belgischen Regelungen zur Bezahlung von Praktika gegen die EU-Sozialcharta. Zwar sei die in der belgischen Gesetzgebung zu Freiwilligentätigkeiten vorgesehene Möglichkeit, unbezahlte Praktika zu ermöglichen, unter bestimmten Umständen zulässig, jedoch werde in der Praxis zu wenig kontrolliert, ob ein Praktikum bezahlt werden müsste. Das European Youth Forum (EYF) hatte eine Beschwerde eingereicht, in der es argumentiert, dass unbezahlte Praktika sowohl gegen das Recht auf ausreichenden Lohn zur Deckung der Lebenshaltungskosten für alle Arbeitnehmer:innen als auch gegen das Recht für junge Arbeitnehmer:innen und Auszubildende verstoße, für ihre Arbeit angemessen bezahlt oder anderweitig unterstützt zu werden. Außerdem verschärfe die belgische Regelung soziale Ungleichheiten, da es sich junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen nicht leisten könnten, über Monate unbezahlt im Rahmen eines Praktikums zu arbeiten. Das Komitee schloss sich allen Punkten der Argumentation des EYF an. Da sich die Entscheidungen des Komitees auf rechtlich bindende Verträge beziehen, müssen Mitgliedstaaten diese umsetzen.

- [Entscheidung des ECSR in der Beschwerde des EYF gegen Belgien](#) 

### Baltische Staaten: Gemeinsame Familienkarte


Estland, Lettland und Litauen haben sich zur Kooperation für eine gemeinsame baltische Familienkarte entschieden, sodass die Karten auch in den jeweiligen anderen beiden Staaten von Partnerorganisationen akzeptiert werden. Familien mit mehr als drei Kindern sowie Familien mit Kindern mit Behinderungen sollen Anspruch auf die Familienkarte haben, mit der Vergünstigungen für verschiedene Angebote des öffentlichen und privaten Sektors gewährt werden. Dieses Konzept stammt aus Litauen und wird bereits von rund 40.000 Familien genutzt. Alle baltischen Staaten rufen nun Familien und Organisationen auf, sich für die Teilnahme an dem Programm zu bewerben. Aktuell beteiligen sich 263 Unternehmen und öffentliche. Auf der Website und über eine App können Familien sich informieren, wo sie welche Form von Vergünstigungen erhalten.

## Weitere Nachrichten

---

### Eurochild: Daten über Kinder in Pflegeunterbringung

Im Rahmen des Projekts DataCare hat Eurochild neue Erkenntnisse über die Situation von Kindern in Pflegeunterbringung gewonnen. Sie plädiert dafür, diese Daten als Indikatoren für die Nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der EU-Kindergarantie und das Monitoring der EU zur Umsetzung der Kindergarantie zu verwenden. So könnte mit ihnen zum Beispiel der Fortschritt zum Ziel der De-Institutionalisierung überprüft werden. In der aktuellen Projektphase von DataCare wurden Daten für Frankreich, Irland, Portugal und Rumänien erhoben.

- [Informationen zur aktuellen Projektphase von DataCare](#)  
- [Bericht "Children in alternative care" mit Ergebnissen des DataCare Projekts](#)  

## Eurochild: Europäischer Mechanismus gegen Anti-Kinderrechtsbewegung benötigt

Eurochild fordert in einem Positionspapier einen europäischen Mechanismus gegen Anti-Kinderrechtsbewegungen. Hintergrund der Forderung ist, dass in einigen Staaten Kinderrechtsorganisationen und -aktivist:innen in der Öffentlichkeit und in den sozialen Netzwerken angegriffen werden. Zu den Betroffenen zählten auch Kinder, die sich über Kinderrechte geäußert hatten. Die europäischen Institutionen für Menschenrechte und Kinderrechte müssten zusammenarbeiten, um entsprechende Entwicklungen zu überwachen und ihnen etwas entgegensetzen zu können. Die Angriffe würden häufig damit begründet, die Entscheidungsmacht von Eltern über ihre Kinder vor staatlichem Zugriff schützen zu wollen. Die Kinderrechtsbewegung werde von ihren Gegner:innen als Angriff auf die traditionelle Familie dargestellt. Das Kindeswohl werde dabei häufig als Argument verwendet, um sich gegen Rechte für Frauen und Mädchen und LGBTQI-Personen auszusprechen.

- [Eurochild: Countering Anti-Child Rights Movements in Europe](#)  

## Eurochild: Positionspapier zur geplanten EU-Strategie für Pflege und Betreuung

Eurochild befürwortet die Ankündigung der EU-Kommission zu einer geplanten Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung, die Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union im vergangenen September gemacht hat (s. [EuropaNews 09/21](#)). In ihrem Positionspapier weist die Organisation darauf hin, dass Betreuung und Pflege in einer Lebensverlaufsperspektive betrachtet werden sollte. Pflege und Betreuung müsse daher gesellschaftlich so organisiert werden, dass für alle Altersgruppen Zugang zu Angeboten nach ihrem Bedarf ermöglicht wird. Eine EU-Strategie zur Pflege und Betreuung müsse sicherstellen, dass die Qualität der Pflege und die Rechte der Pflegenden in allen EU-Staaten gesichert seien. Die Strategie sollte daher auf umfassenden Daten zur Versorgungssituation in allen Mitgliedstaaten basieren und öffentliche Investitionen in leistungsfähige Pflegesysteme vorsehen. Das Ziel der De-Institutionalisierung in allen Pflege- und Betreuungsformen müsse dabei priorisiert werden. Alle relevanten Interessenvertretungen sollten in die Entwicklung der Strategie einbezogen werden.

- [European Care Strategy. Eurochild position](#)  

## Gemeinsame Stellungnahme zur Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der EU

Zivilgesellschaftliche Organisationen aus verschiedenen Bereichen der Gleichstellung haben eine gemeinsame Stellungnahme über die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen herausgegeben. Sie richtet sich an das UN-Komitee für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das derzeit die Umsetzung der entsprechenden UN-Konvention in der EU überprüft. Beteiligt haben sich unter anderem AGE Platform Europe, Eurochild, das European Disability Forum, das European Network Against Racism und das European Youth Forum. Die Organisationen betrachten die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Kontext mit anderen Faktoren, auf die sich die jeweiligen Organisationen spezialisiert haben und die ebenfalls zu Diskriminierung führen können. Auf diese Weise sei eine umfassende Betrachtung der Situation von Menschen mit Behinderungen in der EU entstanden. Die Organisationen weisen darauf hin, dass in der EU nur im Bereich von Arbeit und Ausbildung spezifische Richtlinien gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen bestehen. Sie fordern eine umfassende Gesetzgebung gegen Diskriminierung in allen Lebensbereichen und gegen Hassrede und Hassverbrechen. Die neuen EU-Gesetze sollten eine intersektionale Perspektive einbeziehen, um gegen Mehrfachdiskriminierung

schützen zu können. Außerdem sollte die EU die Mandate der Gleichbehandlungsstellen stärken und EU-weit angleichen, sodass in der gesamten EU ein wirksamer Schutz gegen Diskriminierung erreicht werden könne.

- [Equality and intersectional discrimination faced by persons with disabilities in the EU](#)  

## Safer Internet Day

Seit dem Jahr 2004 wird mit dem Safer Internet Day auf das Thema Sicherheit im Netz aufmerksam gemacht. Der Aktionstag findet jährlich am zweiten Tag der zweiten Woche des zweiten Monats statt, in diesem Jahr am 8. Februar. Die EU-Initiative Insafe koordiniert europaweit die Aktionen der nationalen Organisationen, die Aktionen und Kampagnen zum Thema des Jahres durchführen. In diesem Jahr stand der Safer Internet Day unter dem Motto „Together For A Better Internet“. Die Initiative Klicksafe in Deutschland hat sich mit ihren Aktionen auf das Ziel eines demokratischeren Internets konzentriert. Unter dem Hashtag #fitfordemocracy wurden Gespräche mit Jugendlichen, eine Befragung unter jungen Menschen zum Thema Fake News und Demokratie, ein Quiz zur Demokratie und neue Lehrmaterialien zum Thema geteilt. COFACE Families Europe hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem politische Entscheider:innen und Tech-Unternehmen aufgefordert werden, ein sicheres digitales Umfeld für Kinder zu schaffen. Die Organisation verweist darin auch auf ihr Handbuch für Eltern, in dem Tipps zum Umgang mit den Herausforderungen für Familien bei der Internetnutzung der Kinder gesammelt sind.

- [Klicksafe: Safer Internet Day 2022](#)
- [Aufruf von COFACE: Children online: Safe and supported digital citizens](#) 

## Zivilgesellschaftliche Aktionswoche gegen Energiearmut

Vom 21. bis zum 25. Februar wurde in diesem Jahr die erste globale Aktionswoche gegen Energiearmut durchgeführt. In der Woche wurde mit täglich wechselnden Themen in verschiedenen Veranstaltungen online und offline auf das Problem der Energiearmut aufmerksam gemacht. Der Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen zur International Poverty Action Group veranstaltete an jedem Wochentag einen Thementag zur Energiearmut auf einem der fünf Kontinente. Das europäische Bündnis Right to Energy Coalition wählte die Themen „Recht auf saubere Energie“, „Wohnungen heizen – nicht das Klima anheizen“, „Ein ungerechtes Energiesystem stellt Profite über Menschen und Planeten“, „Schützt unsere Haushaltskassen – nicht die Industrien“ und „Politische Schritte: von Worten zu Taten“. Weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter COFACE Families Europe, riefen dazu auf, unter dem Hashtag #RightToEnergy in sozialen Netzwerken auf das Problem der Energiearmut aufmerksam zu machen.

- [International Energy Poverty Action Week](#) 
- [Right to Energy Coalition](#) 


## Berichte und Studien

### The 25 Percent Project: Bericht zur Jugendumfrage

Das 25 Percent Project hat im vergangenen Jahr eine Umfrage bei über 4.000 jungen Menschen in 30 europäischen Ländern durchgeführt. Bei der Befragung wurde darauf geachtet, gezielt Gruppen junger Menschen einzubeziehen, deren Stimmen häufig nicht gehört würden. Dazu zählen junge Menschen in ländlichen Regionen,



Schulabbrecher:innen, junge Menschen mit Behinderungen, und junge Angehörige von Minderheiten. Die Ergebnisse sind nun im Bericht „Change Starts with Us“ erschienen. Die Hauptziele junger Europäer:innen seien laut der Umfrage eine stärkere EU, mutige politische Entscheidungen für langfristige Ziele, Chancengleichheit und Diversität, bessere Bildung, mehr Austausch zwischen Bürger:innen verschiedener Länder und eine stärkere Demokratie. Für politische Prozesse wünschen sich junge Menschen bessere Mechanismen zur Jugendbeteiligung und mehr Möglichkeiten, politische Entscheider:innen zur Verantwortung zu ziehen. Das 25 Percent Project wird vom European Youth Forum organisiert und arbeitet mit nationalen und internationalen Jugendorganisationen zusammen. Das Projekt informiert junge Menschen über verschiedene Möglichkeiten politischer Beteiligung und unterstützt sie mit verschiedenen Angeboten.

- [Bericht "Change starts with us" des 25 Percent Projects](#) 
- [Deutsche Website des 25 Percent Project](#)

### Population Europe: Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel

Zehn Jahre nach der Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer hat Population Europe einen Bericht über ihre Umsetzung erstellt. Die Richtlinie selbst enthalte eine umfassende Definition von Zwangs- und Ausbeutungsverhältnissen, die Lebensumstände und strukturelle Faktoren einbeziehe, in denen Menschen besonders verletzlich für Ausbeutung und Missbrauch sind. Diese übergreifende Perspektive sei in einem Großteil der nationalen Strategien nicht umgesetzt, sodass weiterhin große Probleme mit der Identifikation, dem Schutz und der Unterstützung Betroffener bestünden. Die Schwierigkeiten bei der Identifikation Betroffener seien häufig durch fehlende Kenntnisse über die Lebensumstände von Menschen begründet, die in verschiedener Hinsicht vulnerabel für Ausbeutungsverhältnisse sind. Im Bericht wird vorgeschlagen, dass alle EU-Staaten verbindliche Rahmenpläne erarbeiten, in denen Kriterien für die Identifikation und Richtlinien für den Umgang mit Verdachtsfällen festgeschrieben sind. Im Bereich Schutz und Unterstützung Betroffener werden vor allem die Widersprüche der Richtlinie mit Aufenthaltsbestimmungen als Problem aufgeführt. Sie führten dazu, dass Betroffene häufig nicht mit staatlichen Institutionen kooperierten und daher von bestehenden Angeboten nicht erreicht würden. Im Falle illegaler Einreise oder Prostitution käme es zudem vor, dass Betroffene im Lauf eines Verfahrens selbst strafrechtlich verfolgt würden. Hier sollten Regelungen zur Straffreiheit gefunden werden.

- [Population Europe: Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel](#)  

### Ergebnisse der Konsultation junger Menschen zur Zukunft Europas erschienen

Die Online-Konsultation junger Menschen, „Unser Europa, unsere Zukunft“ wurde in einer Kooperation des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Organisation Make.org durchgeführt, um einen gemeinsamen deutsch-französischen Beitrag für die Konferenz zur Zukunft Europas zu erarbeiten (s. [EuropaNews 12/21](#)). Über 45.000 junge Menschen aus Frankreich und Deutschland haben teilgenommen, gemeinsam 620 politische Vorschläge erarbeitet und über sie abgestimmt. Die wichtigsten Themen für die Teilnehmenden waren Klimawandel und Umweltschutz, Demokratie, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Migration, Werte und Rechtsstaatlichkeit sowie Bildung und Kultur. 87 Prozent der Teilnehmenden wünschen sich eine entschlossene und nachhaltige Klimapolitik. Dabei werden der Ausbau des europäischen Schienennetzes, die Energiewende und die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft als wichtigste Schritte angesehen.

- [Bericht "Unser Europa, unsere Zukunft"](#) 



## UN-Bericht zu Menschenrechten älterer Frauen auf Deutsch verfügbar

Der Bericht der UN-Expertin über die Wahrung der Menschenrechte älterer Menschen liegt nun auf Deutsch vor. Das österreichische Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat den Bericht übersetzt, der im Juli vergangenen Jahres der UN-Generalversammlung auf Englisch vorgelegt worden war. Darin werden geschlechtsspezifische Herausforderungen und Probleme des Alterns dargestellt, von denen ältere Frauen betroffen sind. Im Alter zeigten sich Auswirkungen von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen im Lebensverlauf, insbesondere anhand von Altersarmut. Auch spezifische Formen von Altersdiskriminierung führten dazu, dass Frauen im Alter an der aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt seien. Der Bericht empfiehlt, Antidiskriminierungsrichtlinien stärker intersektional auszurichten und so zum Beispiel das Zusammenwirken von Alter und Geschlecht zu berücksichtigen. Die internationale Staatengemeinschaft wird aufgefordert, für die Wahrung der Menschenrechte älterer Frauen zu sorgen.

➤ [Wahrung der Menschenrechte älterer Frauen](#) 

## EU-Kommission: Bericht zu den Auswirkungen von Armut auf Zukunftserwartungen

Die EU-Kommission hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Auswirkungen von Armut und sozialer Exklusion auf die Einstellungen, Ziele und Zukunftserwartungen der Betroffenen dargestellt werden. Dies betreffe umso stärker Personen und Gruppen, die über längere Zeiträume in Armut leben. Insbesondere sei dies bei multigenerationaler Armut von Familien und der langfristigen sozialen Ausgrenzung bestimmter Gruppen und Regionen der Fall. Im Bericht werden die Ergebnisse psychologischer, soziologischer und ökonomischer Untersuchungen zusammengestellt. Psychologische Untersuchungen zeigten, dass das Leben in Armut eine Konzentration auf die Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse bedinge. Damit werde die Fähigkeit eingeschränkt, langfristige Perspektiven zu entwickeln, die es ermöglichen würden, aus der Armut herauszukommen. Familien und Gemeinschaften, die über längere Zeiträume von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind, scheinen auf kollektiver Ebene ähnliche Anpassungen an ihre Lebenssituation zu entwickeln. Da diese Verhaltensweisen zu Normen in Gemeinschaften werden können, entstehe eine Barriere für einzelne, der Armut zu entkommen: Um sich ihren gesetzten Zielen anzunähern, bestünde für sie die Anforderung, mit den Normen in ihrer Gemeinschaft zu brechen. Der Bericht empfiehlt abschließend, zur Armutsbekämpfung vor allem Bildung und die Beziehungen zu Lehrpersonen zu priorisieren. Außerdem müssten sozialpolitische Maßnahmen gegen Armut die Bedürfnisse aller Generationen in einer Familie einbeziehen. Kinderarmut könne nur beendet werden, wenn auch die Eltern nicht länger in Armut leben müssten.

➤ [EU-Kommission: Poverty and Mindsets](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
2. März 2022	<a href="#">Das Recht auf Teilhabe – in jedem Alter (im Rahmen des Globalen Aktionstags der „Age with Rights“-Kampagne</a>	BAGSO

9.-10. März 2022 Angers, Frankreich	<a href="#">Equality Forum: Lösungen für Geschlechtergleichstellung in Europa</a>	Französische EU-Ratspräsidentschaft
15. März 2022 Ljubljana, Slowenien / Online	<a href="#">Expert meeting: The position of larger families with children in society: strengths and barriers</a>	COFACE Families Europe
16. März 2022 Online	<a href="#">Closing the Digital Gender Gap: Women's Participation in the Digital Economy</a>	EURACTIV
22. März 2022 Online	Breakfast Bite: <a href="#">Incluso – A training and resource centre for professional staff in non-formal education</a>	COFACE Families Europe
24. – 25. März 2022 Barcelona, Spanien / Online	<a href="#">The voice of apprentices in the European Year of Youth 2022</a>	Europäische Kommission
27. Sept. 2022 Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	<a href="#">IAFL Introduction to European Family Law Conference</a>	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

